

# Digitalisierung rückt in den Hintergrund

**[24.05.2023] Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) hat die Ergebnisse seines jährlichen OB-Barometers vorgestellt. Demnach haben die Themen Stadtentwicklung und Digitalisierung für die Kommunen aktuell an Dringlichkeit verloren. Stattdessen sind Flüchtlingshilfe und die Klimathematik in den Fokus gerückt.**

Als aktuell drängendste Aufgabe sehen die Kommunen in Deutschland die Bewältigung der Flüchtlingshilfe an. Auch den Themen Wohnen und Finanzen wird eine steigende Dringlichkeit beigemessen. Für die Zukunft nennen die Stadtspitzen die Klimathematik unangefochten als wichtigstes Handlungsfeld. Das geht aus dem OB-Barometer 2023 des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) hervor. Die repräsentative Jahresbefragung adressiert (Ober)Bürgermeister und -meisterinnen von deutschen Städten ab 50.000 Einwohnenden ([wir berichteten](#)).

„Die Unterbringung und Integration von Geflüchteten, ebenso wie in den vergangenen Jahren die Corona-Pandemie, sind Themen, die temporär eine große Herausforderung für die Kommunen bedeuten – nämlich immer dann, wenn sie akut sind. Dagegen zählen die Themen Klimaschutz oder Wohnen bereits über einen längeren Zeitraum zu den wichtigsten Handlungsfeldern“, kommentiert Difu-Institutsleiter Professor Carsten Kühl die Ergebnisse der aktuellen Umfrage.

Überraschend ist nach Angaben des Difu jedoch, wie sehr die Themen Stadtentwicklung und Digitalisierung in der diesjährigen Befragung in den Hintergrund gerückt sind. In den Pandemie-Jahren seien zwar viele Maßnahmen konzeptionell und finanziell angeschoben oder umgesetzt worden. Beide Handlungsfelder bedürften jedoch der kontinuierlichen Aufmerksamkeit, so das Difu. Auch das Thema „Fachkräfte gewinnen und halten“ spiegle in der Bewertung durch die Stadtoberhäupter noch nicht die aktuelle Diskussion zum Fachkräftemangel wider. „Gerade mit Blick auf die mittlerweile permanente Rolle der Kommunen als Krisen-Manager, verdienen die Themen Fachkräftemangel und Digitalisierung noch mehr Aufmerksamkeit“, meint Beate Hollbach-Grömig, Projektleiterin im Forschungsbereich Stadtentwicklung, Recht und Soziales des Difu.

(bw)